



Neu im Tierpark Niederrischbach ist die Eulenscheune. In einem der drei Teile schauen sich Opa und Enkelkind aus Wilnsdorf die Hasen an. Foto: Peter Seel

Tierpark Niederrischbach weiter im Aufwärtstrend

Versammlung Erstmals seit zehn Jahren verzeichnet Verein positive Kassenbilanz – Mitgliederzahl steigt

Von unserem Redakteur
Peter Seel

■ **Niederrischbach.** Investieren lohnt sich – diese Weisheit hat sich beim Tierparkverein Niederrischbach einmal mehr bewährt: Bei der Jahreshauptversammlung konnte jetzt Kassenwart Michael Kewitsch erstmals seit zehn Jahren eine positive Kassenbilanz vorlegen. Man kann das auch anders formulieren: Sowohl die Zahl der Vereinsmitglieder als auch – vor allem! – die der Besucher im Tierpark steigen. Dass die Kasse trotz kräftiger Ausgaben gefüllt ist, liegt laut Kewitsch daran, dass bei den Eintrittsgeldern mehr als 50 Prozent Zuwachs im vergangenen Jahr zu verzeichnen war. Fast 40 000 Besucher kamen – Rekord.

Dass in den vergangenen Jahren mehr als 100 000 Euro in neue Gehege und Umbauten gesteckt wurden, das hat sich bezahlt gemacht.

Der Park im Kesselbachtal hat stark an Renommee gewonnen und ist nahezu Monat für Monat attraktiver geworden für Besucher aus nah und fern. Wurde im vergangenen Jahr noch das große Areal für das Otterpärchen Gisela und Hermann sowie die Waschbären eröffnet, so kommt nun schon wieder die neue Eulenscheune hinzu, die seit einigen Tagen bestaunt werden kann. Schleiereulen und Käuze sowie die Ausstattung einer typischen Scheune kann hier durch eine Glaswand,

Die nächsten Veranstaltungen

Mit allerlei Veranstaltungen macht der Tierpark Niederrischbach von sich reden, so auch in diesem Jahr: Am Sonntag, 12. April, wird eine Kräuterwanderung angeboten. Eine Woche später, 19. April, beginnen hier wieder die „Zugvogelstage“. Am Sonntag, 7. Juni, ist wieder das

anstatt durch Gitter, erlebt werden. Auch das Jahr 2015 ist super gestartet: Schon jetzt wurden 4000 zahlende Gäste gezählt – früher, unter der Ägide des alten Vereins, war der Park im Winter bis Ostern geschlossen. Seit der neue Verein mit seiner Ausrichtung auf heimische Tierarten und vom Aussterben bedrohte Haustierrassen im Jahr 2011 gestartet ist, ging es immer weiter aufwärts. Auch 2015 ist wieder einiges geplant: Am Spielplatz soll ein Kranich- und Schwanenteich entstehen sowie eine Voliere für Gänsegeier eingerichtet werden. Ein weiteres Highlight ist die neue Falknerei, die im Frühjahr er-

öffnet werden soll und dann mit zwei Vorführungen täglich aufwartet (die RZ berichtete). Bei der Versammlung wurde der Vorstand im Wesentlichen in der Ämtern bestätigt. Hier wurde eine Satzungsänderung beschlossen, durch die es ab jetzt nur noch einen Vorsitzenden gibt statt, wie bisher, zwei. Birgit Hausherr wurde einstimmig in dieses Amt gewählt. Kassierer bleibt Kewitsch, Geschäftsführer Peter Merzhäuser. Zweite Kassiererin bleibt Christine Bender, Beisitzer Lisa Krebs, Henning Deutenbach und Thorsten Schneider. Für die Jugendgruppe, die zur Unterstützung der Arbeit im Park wertvolle Dienste leistet, bleibt Tanja Blickheuser zuständig. Jugendliche und Kinder, die mithelfen wollen, können sich mittwochs ab 17.30 Uhr direkt im Tierpark melden oder über die Homepage www.tierpark-niederrischbach.de Kontakt aufnehmen. Gesucht sind immer auch „große Helfer“ – besonders in den nächsten Wochen, in denen für den Bau der Falknerei je- de Hand gebraucht wird.

Basar mit Sachen für Kinder

■ **Daaden.** Die Kindertagesstätte der evangelischen Kirchengemeinde Daaden lädt für Samstag, 28. März, von 14 bis 16 Uhr ins evangelische Gemeindehaus zu einem „Kinderbasar“ ein. Verkauft werden gut erhaltene Baby- und Kinderbekleidung sowie Artikel rund ums Kind. Es werden selbst gebackene Kuchen und Kaffee angeboten. Der Erlös des Kuchenverkaufs kommt mit dem Startgeld der Anbieter der Kita zugute.

Mehr Sicherheit auf den Straßen

Verkehr Ortsgemeinderat beschließt Verbesserungen in zwei Kreuzungsbereichen

■ **Niederrischbach.** Die SPD-Fraktion hatte im Ortsgemeinderat Niederrischbach Anträge zur Verbesserung der Verkehrssituation in verschiedenen Bereichen des Dorfes gestellt. Für zwei lagen nun Stellungnahmen und Vorschläge der VG-Verwaltung Kirchen vor. Von der bean-

tragten Anbringung eines Verkehrsspiegels an der Konrad-Adenauer-Straße/Einmündung Mühlhardtstraße rät das Rathaus ab. Um die Situation zu verbessern, könne als Orientierungshilfe an dieser Straßenecke eine Leitlinie auf die Fahrbahn aufgebracht und die Blockmarkierung-

gen erneuert werden. Dem stimmte der Rat bei zwei Gegenstimmen zu.

Zur Verbesserung der Situation im Einmündungsbereich von Silberberg- und Glückauf-Straße wurde von der Verwaltung vorgeschlagen und vom Gemeinderat auch beschlossen, ein Kinderhinweisschild anzubringen und Markierungen auf die Fahrbahn aufzutragen. est



Neue Hoffnung für Gegner der Forensikklinik

Bauprojekt Reichshofs Bürgermeister schreibt an NRW-Ministerin

■ **Friesenhagen.** Noch immer sind die Pläne des Landes Nordrhein-Westfalen zum Bau einer forensischen Klinik für 160 psychisch und suchttrunkene Straftäter nicht vom Tisch. Direkt hinter der rheinland-pfälzischen Landesgrenze auf dem früheren Bundeswehrstandort Reichshof unweit von Friesenhagen soll sie errichtet werden – und seit über zwei Jahren wehren sich Menschen beiderseits der Grenze dagegen. Jetzt gibt es neue Hoffnung bei den Gegnern, denn NRW-Justizminister Thomas Kutschat (SPD) hat nach Medienberichten angekündigt, mangels Bedarfs mehrere Gefängnisse schließen zu

wollen – deswegen hat der Reichshofer Bürgermeister Rüdiger Gennies gleich einen Brief an die für den geplanten Klinikbau zuständige Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) geschrieben.

Durch die frei werdenden Justizvollzugsanstalten würden genug Kapazitäten für eine Maßregelvollzugs-klinik frei, schreibt Gennies, sodass das Projekt zwischen Friesenhagen und Reichshof überflüssig werde. Er fordert die Ministerin dazu auf, schriftlich zu erklären, dass die Maßregelvollzugs-klinik hier endgültig aufgegeben werde. Nach zweieinhalb Jahren der Ungewissheit hätten die Bürger einen Anspruch auf eine eindeutige Erklärung aus Düsseldorf. Als Reaktion folgte bereits eine Eingangsbestätigung, in der es heißt, dass die eigentliche Antwort auf den Brief noch folge.

Friesenhagens neuer Ortsbürgermeister Norbert Klaes steht „zu 100 Prozent“ hinter Gennies. „Das Land NRW soll eine zentral gelegene JVA in eine forensische Klinik umbauen“, so Klaes, „denn die Gründe, die eindeutig gegen einen Standort bei uns sprechen, sind nach wie vor vorhanden: Es gibt keine forensische Nachsorge und keine forensische Begleitung bei uns in der Region, und die ÖPNV-Verbindungen sind hier überhaupt nicht vorhanden. Das Einzugsgebiet dieser Forensik wäre ja vor allem der Amtsgerichtsbezirk Eifel – da soll mir mal einer sagen, wie ein Freigänger der Forensik von der Eifel nach Reichshof kommen soll.“ Klaes führt auch auf, dass das Areal längst zu einem Naturschutzgebiet gehört, und er kritisiert: „Nach wie vor gibt es vom NRW-Ministerium keine klaren Aussagen dazu.“

Das Ministerium und der Landesbeauftragte für den Maßregelvollzug, Uwe Dönisch-Seidel, haben sich seit Langem nicht mehr zum Standort Reichshof geäußert. Stand der Dinge bleibt also, dass das Land NRW bis 2020 insgesamt 750 zusätzliche Forensikplätze benötigt und fünf neue Kliniken bauen will. Als einziges dieser Projekte ist das auf dem ehemaligen Munitionsdepot in Reichshof-Wildbergerhütte noch nicht angepackt worden – nicht zuletzt, weil seit vorigem Jahr Teile des Areals unter Naturschutz stehen. Unter anderem gibt es dort ein Dutzend teils seltener Fledermausarten.

Für Verwirrung hatte zudem gesorgt, dass die Reichshofer Bürgerinitiative gegen den Forensikbau ermittelt hatte, dass die Südseite der Klinik mit ihrem Sicherheitsstreifen von 5,5 Metern und der 7,5

Streit um Kirchens Stadtbüro geht in die nächste Runde

Sitzung Rat beharrt einstimmig auf Beibehaltung des Status quo in der Villa Kraemer

Von unserer Mitarbeiterin
Claudia Geimer

■ **Kirchen.** Im Streit um die Zukunft des Kirchener Stadtbüros in der Villa Kraemer bleiben die Fronten verhärtet. Wie erwartet hat der Stadtrat bei seiner Sitzung am Dienstag einstimmig einen sogenannten Beharrungsbeschluss gefasst. Das Gremium besteht damit auf drei Beschlüssen, die der Rat zur Zukunft des Stadtbüros gefasst hat: Alles soll so bleiben, wie es ist. Diese Beschlüsse hatte Verbandsgemeindebürgermeister Jens Stötzel ausgesetzt. Diese Aussetzungsentscheidung wird vom Stadtrat mit Stadtbürgermeister Andreas Hundhausen an der Spitze nicht akzeptiert.

Wie entschlossen und geschlossen das Gremium in dieser Angelegenheit auftritt, zeigte sich auch daran, dass SPD-Ratsmitglied Marcel Amal eine gemeinsame Erklärung im Namen aller Fraktionen, also SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, vortrug. Zuvor hatte Hundhausen eine Erklärung abgegeben. Hinter dem Vorgehen von Bürgermeister Stötzel vermutet er den Versuch einer „Zentralisierung“. Zudem warf er Stötzel eine schlechende Entmachtung der von den Bürgern gewählten Ratsmitglieder und somit eine Entwertung eines demokratisch legitimierten Gremiums vor: „Wofür werden kommunale Gremien dann überhaupt noch gewählt?“ Mit seinem Verhalten leiste der VG-Chef der Politikverdrossenheit Vorschub und sorge für Frust bei den Ratsmitgliedern. „Das Stadtbüro ist notwendig“, bekräftigte Hundhausen. Er kritisierte zudem, dass Stötzel öffentlich geäußert habe, einer der Mitarbeiter dort sei überbezahl.

Entgegen der Ansicht von Bürgermeister Stötzel sieht der Rat die ausgesetzten Beschlüsse nicht als rechtswidrig an. Aktuell sind zwei Mitarbeiter in Voll- und Teilzeit im Stadtbüro beschäftigt. Sie sind Angestellte der Verbandsgemeinde Kirchen. Die Stadt Kirchen erstattet der VG die Personalkosten (die RZ berichtete). „Diese Konstruktion

besteht schon seit langer Zeit und ist in jedem Fall mit der Gemeindeordnung vereinbar“, betont Amal. Größeren Ortsgemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern dürfe zur Unterstützung des Ortsbürgermeisters ein geeigneter Mitarbeiter und darüber hinaus eine Schreibkraft zur Verfügung gestellt werden. „Die Fraktionen des Stadtrats sind sich einig, dass sich die derzeit bestehende Konstruktion außerordentlich gut bewährt hat“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung. Die Mitarbeiter des Stadtbüros unterstützen den Stadtbürgermeister, die Beigeordneten und die Ortsvorsteher ganz wesentlich in ihrer Tätigkeit. „Für die Fraktionen des Stadtrats gibt es daher keinen Anlass, daran etwas zu ändern.“ Das sieht auch Stadtbürgermeister Hundhausen so. Er teilte dem Rat zunächst mit, dass Bürgermeister Stötzel erkrankt sei und sich für die Sitzung per E-Mail habe entschuldigen lassen.

In derselben E-Mail hatte Stötzel einen „Vorschlag zur Güte“ unterbreitet. Diesen Vorschlag hatte der Bürgermeister vorab auch an die Medien weitergeleitet. Stötzel bat den Rat, keinen Beharrungsbeschluss zu fassen und – zunächst – die Aussetzungsentscheidung zu akzeptieren. Der VG-Chef schlug einen „runden Tisch“ gemeinsam mit Rechnungshof, Kommunalaufsicht, VG-Verwaltung und Stadtbürgermeister vor, um die Aufgaben im Stadtbüro und den daraus sich ergebenden Personalbedarf zu definieren: „Bis dahin bleibt der Status quo seitens der VG unangetastet.“

Hundhausen und der Rat erteilten diesem Angebot eine klare Absage. Der Rat, erklärte Hundhausen, mache sich unglaubwürdig, wenn er keinen Beschluss fassen: „Wir wollen zu einem Schlusspunkt kommen.“ Dennoch werde sich das Gremium neuerlichen Gesprächen nicht verschließen. Doch zunächst geht der Streit ums Stadtbüro weiter: Das Aussetzungsverfahren wird fortgesetzt und eine Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde eingeholt.

Neue Stadtratsmitglieder verpflichtet

Anette Piccolini-Weller (SPD) hat aus beruflichen und persönlichen Gründen ihr Mandat im Stadtrat Kirchen niedergelegt. Als Ersatzperson wurde Parteifreundin Christa Hensel berufen. Auch Gerhard Jung (CDU) hat aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat niedergelegt. Für ihn rückt sein Parteifreund Sven

Steigemann in das Gremium nach. Stadtbürgermeister Andreas Hundhausen verpflichtete die neuen Ratsmitglieder. Einstimmig beschloss der Rat, folgende Straßen als Gemeindestraßen in Herkersdorf dem öffentlichen Verkehr zu widmen: „Auf der Sohle“, „Tablack“ und „An der Wende“. clg



Am ehemaligen Bundeswehrstandort Wildbergerhütte flammten die Proteste sofort auf, als die Forensikpläne bekannt wurden. Foto: Archiv Peter Seel

Meter hohen Sicherheitsmauer laut NRW-Plänen in Rheinland-Pfalz stehen würde – also in Friesenhagen und der VG Kirchen. Friesenhagens Ortschef bringt es auf den

Punkt: „Ich würde mir wünschen, dass unter dieses von Anfang an unglückliche Projekt jetzt endlich ein Schlussstrich gezogen wird.“ Peter Seel